



Foto: GdP Berlin



## WORTE AUS DEM LANDESVORSTAND

# Jobrad/Fahrradleasing – eine Lösung für die Polizei Berlin?

Die Förderung der sportlichen Betätigung der Mitarbeitenden der Polizei Berlin sowie die Umweltaspekte sind tolle Gründe, um das Jobrad/Fahrradleasing endlich einzuführen. In den letzten Jahren gab es zahlreiche Nachfragen von Euch zu der Thematik, weshalb wir als GdP in Gesprächen mit Berlins Politik sowie der Behördenleitung das mehrfach auf die Tagesordnung gehoben haben. Aktuell haben weder der Berliner Senat noch die Polizei Berlin eine Möglichkeit zur Einführung, wenn man Beamte und Tarif nicht spalten möchte, da die Nutzung des „Jobrades/Fahrradleasing“ für Letztere durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) erst zu genehmigen ist. Dies resultiert aus der Gewährung eines geldwerten Vorteils.

**Alexander Meyer,**  
(stellv. Landeskassierer) und

**Christine König,**  
(GdP-Lohnsteuerhilfe)

## Was versteht man unter einem Jobrad/Fahrradleasing?

Bei einem Jobrad/Fahrradleasing handelt es sich um ein Leasinggeschäft, bei dem der Leasinggegenstand ein Fahrrad/E-Bike ist. Der Arbeitgeber (hier dann der Leasingnehmer und die Polizei Berlin) least den Gegenstand (hier das Fahrrad/E-Bike) und überlässt es dem Arbeitnehmer (dem Mitarbeitenden der Polizei Berlin) zur Nutzung. Die Zahlung der monatlichen Raten berechtigt den Arbeitnehmer zur Nutzung des Fahrrads/E-Bike.

## Welche Auswirkungen hat dieses Leasinggeschäft für den Arbeitnehmer?

Aufgrund der Überlassung des Fahrrads/E-Bikes an die Mitarbeitenden entsteht ein geldwerter Vorteil. Dieser muss der Mitarbeitende der Polizei Berlin grundsätzlich versteuern.

Bei der Umsetzung kommen zwei Varianten in Betracht:

- 1) Fahrradleasing/Jobrad als Gehaltsextra – für die aktuell steuerfreie Überlassung eines betrieblichen Fahrrads (§ 3 Nr. 37 EStG)
- 2) Fahrradleasing/Jobrad per Gehaltsumwandlung

Die Leasingraten werden vom Bruttogehalt abgezogen und führen für den Arbeitgeber und den Arbeitnehmer zu einer Abnahme der Sozialversicherungsbeiträge. Bei der Gehaltsumwandlung greift aber die sogenannte 1 %-Regel (seit 1. Januar 2020 sind es 0,25 % (Preis wird geviertelt) – es kann hier wieder eine Anpassung erfolgen) nach § 8 Abs. 2 Satz 2, 3 EStG i. V. m. § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG und unter Berücksichtigung eines Erlasses der obersten Finanzbehörde der Länder vom 9. Januar 2020, dass diese auf Fahrräder auszuweiten ist. Diese Regel führt zu einem Steueraufwand für den Mitarbeitenden der Polizei Berlin.

## Welche Auswirkungen hat dieses Leasinggeschäft für den Arbeitgeber?

Für die Behörde entsteht ein Verwaltungsaufwand bzw. ein finanzieller Aufwand, der bei den Tarifverhandlungen mit der TdL mit hinreichender Sicherheit zu einer nicht unwesentlichen Reduzierung der prozentualen Tarifierhöhung führen wird.

Was fällt unter diese Aufwendungen:

- a) Vertragspartner suchen (für Fahrräder, Wartung und mögliche Versicherungen) und Verträge mit den Mitarbeitenden abschließen.
- b) Kosten des Leasings (inkl. Versicherung) – je nach Fahrrad/E-Bike werden diese Kosten etwa 45 € (Fahrrad) bis 125 € (E-Bike) pro Monat betragen
- c) Einpflege in die Lohnabrechnung (hier nur die Gehaltsumwandlung) und Überwachung der Verträge (Laufzeiten etc.)
- d) Aufbewahrung der Leasingräder nach Vertragsabschluss, wenn diese in das Eigentum der Behörde übergehen (unentgeltliche Überlassung an Mitarbeitenden nicht möglich und Lagermöglichkeit muss geschaffen werden)
- e) Sofern das Eigentum des Fahrrads an den Leasingnehmer nicht übergeht, muss die Rückgabe des Fahrrads an den Leasinggeber organisiert werden.

## Fazit

In der kommenden Tarifrunde wird die Thematik Jobrad/Fahrradleasing mit Sicherheit durch den DGB angesprochen. Bei den Verhandlungen ist es genau abzuwägen, ob der Abschluss einer Einigung zur Nutzung des Jobrades/Fahrradleasing am Ende für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes insgesamt betrachtet zu einem finanziellen Nachteil führt. Die Verhandlungen werden es zeigen. ■



### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es wird wieder frischer draußen, wir nähern uns dem Jahresende und stehen doch unmittelbar vor einem heißen Herbst. In diesem stehen die Tarifverhandlungen an, in denen wir als GdP gemeinsam mit den sieben anderen Gewerkschaften des DGB an einem Strang ziehen und für bessere Bezahlung auf die Straße gehen werden. Was auch ganz gern gefordert wird, ist das Thema Jobrad. Warum da der Teufel im Detail steckt, hat mal unser Landesvorstand Alexander Meyer aufgeschrieben.

Viel Spaß beim Lesen. **Benjamin Jendro, Landesredakteur**

## Deine GdP beim Tag der offenen Tür der Polizei Berlin



Fotos: GdP Berlin



### DP – Deutsche Polizei Berlin

**Geschäftsstelle**  
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin  
Telefon (030) 210004-0  
Telefax (030) 210004-29  
gdp-berlin@gdp-online.de  
www.gdp-berlin.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke

**Redaktion**  
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)  
Telefon (030) 210004-13  
jendro@gdp-berlin.de

**Konten**  
Commerzbank  
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00

**...und jetzt Du! Werde Teil unseres Social Media Teams**

Du scrollst Dich quasi auch jeden Tag durch die Timelines und Feeds, verbringst Stunden auf Instagram, TikTok, Twitter und Co.. Du denkst Dir, alles spannend, aber hey, das kann ich besser? Na dann los, sei dabei und werde Teil unseres Social-Media-Teams! Wir suchen innovative Ideen, wollen unsere Kanäle weiterentwickeln und brauchen Dich! Interesse geweckt? Dann melde Dich per Direktnachricht auf unseren Kanälen oder via Mail an jendro@gdp-berlin.de



**AUS DEN SENIORENGRUPPEN**

# Senioren der Direktion 3 in Jüterbog

Nach einer Pause haben sich wieder zahlreiche Senioren der GdP und des DGB Anfang September am Hauptbahnhof zusammengefunden, um mal wieder ein wenig in die weite Welt zu ziehen. Ziel der Tagesreise: die Kleinstadt Jüterbog. Nach knapp einer Stunde Fahrt nahmen wir den Stadtbus und wurden von der Stadtführerin Britta Hannemann begrüßt.

wenig beschädigt. Jahre zuvor waren einige GdP-Mitglieder zum Lutherjahr in Wittenberg und schauten sich die alten Cranachwerkstätten an. In der Nicolaikirche wartete eine große Rühlmann-Orgel, erbaut im Jahre 1908 mit 49 Registern, auf uns. Was für schöne Klänge sie hergibt. Alle Anwesenden hielten inne und lauschten. Der Organist, Kirchenmusikdirektor, Kantor Manuel Gera, ist Meister seines Faches. Er lehrt so-

**Michael Rosensky**

Zu den alten Gemäuern, einschließlich der gut erhaltenen Stadtmauer, gab sie viel Wissenswertes kund. Alle drei Stadttore wurden mit erheblichem finanziellen Aufwand wieder baulich hergestellt; die Kirchen sind gut erhalten. Die Liebfrauenkirche, erbaut um 1160, ist die älteste unter ihren Geschwistern der Stadt. Im Gewölbe fanden alle Bewohner der Stadt Platz. In der Mönchenkirche wurden an manchen Tagen sogleich mehrere Taufen und Beerdigungsreden abgehalten. Heute dient sie u. a. als Stadtbibliothek. Weiter ging es für uns per Fuß zum gotischen Rathaus. Seit 1507 fertiggestellt, beherbergte es ununterbrochen die Stadtoberen, daneben war es Kaufhaus und Gefängnis. Dort trafen wir zufällig Bürger-



meister Arne Raue, der uns gleich mal sein Dienstzimmer präsentierte.

Die hohe Kunst des Mauerns und der Stuckarbeiten waren hier im Dienstzimmer sehr gut sichtbar. Mit der Freilegung eines Wandgemäldes nach Jahrhunderten kam ein bis dato unentdecktes Cranachbild zum Vorschein. Ein Vorgänger ließ in der alten Mauer einen Panzerschrank installieren. Damals war Cranach noch nicht sichtbar. Nun ist das Wandbild dauerhaft ein-

gar 70-Jährige, die Orgel zu bedienen. Und es klingt gut. Auf Zuruf verlangte der Mann von uns Titelnennungen. Er hört Bach, Mozart und andere Liedwünsche. Selbst Straßenhauer, wie „Das ist die Berliner Luft, Luft, Luft“, verarbeitete der Organist klangvoll. „Ein sehr schöner musikalischer Abschluss“, bemerkten leise viele der Zuhörer. „Manne“ – das ist Manfred Rigow – „Wann organisierst Du die nächste Fahrt?“, fragen sogleich die Mitreisenden. ■



Anzeige

**MEDIRENTA**  
CLASSIC

Damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt:

**Beihilfe – leicht gemacht!**

Für Beamte im Einsatz: Seit rund 40 Jahren übernimmt MEDIRENTA Ihre Kranken- und Pflegekostenabrechnungen und führt Sie sicher durch den Abrechnungs-Dschungel.

Mehr Informationen unter Telefon **030 / 27 00 00**

MEDIRENTA Krankenkostenabrechnungs GmbH

[www.medirenta.de](http://www.medirenta.de) · Partner der GdP Berlin

Landeschef Stephan Weh via Morgenpost

Genau genommen ist die ganze Direktion 4 ein kompletter Sanierungsfall, kaum ein Gebäude ist ohne Mängel. Berlin hat zwar ein tolles neues Anti-Terror-Zentrum und eine Kotti-Wache. Ehrlicherweise aber haben wir auf etlichen Dienststellen von Spandau bis Hellersdorf Sicherheitsrisiken und Gesundheitsgefahren, die niemand mehr leugnen kann. Wir brauchen endlich ein umfassendes Sanierungskonzept für die Liegenschaften der Polizei sowie des gesamten öffentlichen Dienstes. Außerdem muss Berlins Politik der BIM im Haushalt mehr Gelder bereitstellen, sodass sie als Vermieter den Standard der Liegenschaften verpflichtend erhöhen muss. Wir brauchen Verbesserungen, ohne dass dafür andere Sachen im Polizei- bzw. Feuerwehrhaushalt gestrichen werden und herunterfallen. Wir brauchen funktionierende Sanitäranlagen und Fahrstühle, flächendeckend Klimaanlage und Trinkwasserspender auf allen Dienststellen.

Foto: Candy/PostPictures



INTERVIEW DES MONATS – IM GESPRÄCH MIT GOLLALEH AHMADI (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## „Es gibt strukturelle Gründe, wieso so wenige Betroffene sexuelle Gewalt anzeigen“

Als sich das Abgeordnetenhaus 2021 neu formierte, betraten einige neue Gesichter Berlins politische Bühne, manche mit rasantem Tempo. Gollaleh Ahmadi zum Beispiel übernahm gleich mal den Vorsitz im prestigeträchtigen Innenausschuss. Zwei Jahre sitzt sie als Mitglied in diesem – in der Opposition und dennoch mit gestalterischer Vision. Im Gespräch mit der DP hat die sicherheitspolitische Sprecherin der Grünen uns ihre Schwerpunktthemen vorgestellt.

**DP: Liebe Frau Ahmadi, wir saßen vor zwei Jahren zusammen. Da waren Sie gerade zur ISOA-Vorsitzenden gewählt. Was haben Sie gedacht, was so bis September 2023 passiert?**

**Ahmadi:** Es war mir eine große Freude und Ehre, als erste Frau in Berlin Vorsitzende des Innenausschusses zu sein. Es hat mir großen Spaß gemacht, auch an den Aufgaben zu wachsen. Wegen der Wiederholung der Wahl hat sich aber schon im letzten Herbst abgezeichnet, dass es ungewiss ist, wie es weitergehen wird. Das hat viele politische Initiativen und Projekte erst mal gelähmt und die Planung erschwert, auch im innenpolitischen Bereich. Jetzt können wir die Arbeit wieder richtig aufnehmen. Es wäre toll gewesen, das als Vorsitzende des Ausschusses fortzusetzen. Ich freue mich aber sehr, dass wir jetzt wieder eine Frau als Vorsitzende haben – und natürlich auch weiterhin über eine Frau als Innensenatorin.

**DP: Wie hat sich die Situation in den letzten zwei Jahren für Sie als Abgeordnete persönlich entwickelt?**

**A:** In vielerlei Hinsicht waren die letzten Jahre sehr spannend. Ich habe eine Menge dazugelernt, gerade in Bezug auf die konkrete Arbeit und die Bedingungen in den Sicherheitsbehörden. Ich habe sehr interessante Menschen getroffen und zahlreiche Besuche in Einrichtungen, Dienststellen und sogar in Einsätzen gemacht. Das werde ich in den kommenden Jahren auf jeden Fall fortsetzen und ausweiten. Nur wenn man möglichst nahe an der Pra-

xis und dem Geschehen vor Ort ist, kann man gute Innenpolitik gestalten.

Spannend finde ich auch, wie sich meine Themenschwerpunkte verbinden lassen, z. B. Sicherheits- und Medienpolitik. Das kann den Schutz von Pressevertreter\*innen, die in den letzten Jahren verstärkt von Übergriffen bedroht waren, und sogar der Pressefreiheit beinhalten oder auch Desinformations- und Propagandakampagnen. Die sogenannte Neue Rechte mischt in Mediendiskursen mit, um Demokratie zu delegitimieren und ihre Verschwörungstheorien mit einem „bürgerlichen“ Anstrich zu versehen und zu verbreiten. Und dann natürlich Cyberangriffe von anderen Staaten. Der russische Angriffskrieg und die Proteste im Iran haben sich in vielfacher Hinsicht auch in Berlin bemerkbar gemacht und stellen auch für uns ein Sicherheitsrisiko dar.

**DP: Was sind Ihre weiteren Schwerpunktthemen in dieser verkürzten Legislaturperiode?**

**A:** Ein anderes wichtiges Thema ist digitale Gewalt in all ihren vielfältigen Ausprägungen. Wir brauchen dringend ein stärkeres öffentliches Bewusstsein für das Thema, denn fast jede\*r Zweite in Deutschland war schon davon betroffen – besonders Frauen, queere Personen und Menschen mit Migrationsgeschichte. Das können Taten aus einem persönlichen Kontext heraus sein, etwa beim Stalking oder Mobbing. Vor allem steht aber Hasskriminalität im Fokus: Taten, die aus rassistischen, frauen- oder queerfeindlichen Motiven begangen



Foto: Bündnis 90/Die Grünen

werden, also auf dem Hass auf eine ganze Bevölkerungsgruppe basieren. Auch Politiker\*innen, Journalist\*innen und Aktivist\*innen sind stark betroffen. In allen Fällen können die Folgen für die Betroffenen verheerend sein und auch in physische Gewalt münden oder dazu führen, dass Polizeischutz nötig wird.

Ein Bereich, wo es noch sehr viel Nachholbedarf gibt, ist die Strafverfolgung. Ich möchte deshalb eine digitale Meldeplattform einrichten, bei der Vorfälle gemeldet werden können, Beweise gesichert und die Ermittlungsverfahren eingeleitet und koordiniert werden. So was gibt es bereits, z. B. in Hessen [<https://hessen.gegenhetze.de>], und hat sich sehr bewährt. Außerdem sollen die Beratung und Betreuung der Betroffenen hierüber organisiert werden, vorzugsweise über eine Weitervermittlung an Organisationen wie HateAid, mit denen ich für dieses Projekt auch in engem Austausch stehe. Eine konsequente Ermittlung und Verfolgung der Taten sind wichtig, nur so kann die Flut der digitalen Gewalt eingedämmt werden.

**DP: Wie stehen Sie zur Idee der neuen Landesregierung, Bodycams flächendeckend auszurollen und auch den Einsatz im Wohnraum zu ermöglichen?**

**A:** Ich bin nicht grundsätzlich gegen den Einsatz von Bodycams. Wichtig ist aber, dass die Lesung durch eine dritte Person erfolgt, und



Foto: GdP Berlin

» Landeschef Benjamin Jendro via WELT

Wir wünschen uns, dass die Letzte Generation sich für die Proteste an die Regeln unseres demokratischen Zusammenlebens und den gesetzlichen Rahmen hält, anstatt wie in der Vergangenheit mit Straftaten zu versuchen, unsere Gesellschaft zu spalten. Wer unser Versammlungsrecht missachtet, begeht Rechtsbrüche, für die es im Rechtsstaat keinerlei Verständnis geben kann, nur weil man sich das Label Klimaschutz gibt. Jeder, der die Aktionen unterstützt, solidarisiert sich mit einer Organisation, die sämtliche Parameter einer kriminellen Vereinigung erfüllt. Dementsprechend kritisch schauen wir auch darauf, wenn Mitgliedern der Organisation an Hochschulen ein Forum bekommen, an denen unser Polizeinachwuchs ausgebildet wird, der ebenso bereits dem Legalitätsprinzip unterliegt.

eine verpflichtende Einschaltung bei Einsätzen finde ich gut. Das schafft Vertrauen in beide Richtungen und kann hilfreich sein.

**DP: Der neue Senat zeigt sich vielfältig aufgestellt, weiblicher. Im Innenausschuss sieht es anders aus – brauchen wir mehr Frauen in der Sicherheitspolitik?**

**A:** Unbedingt! Der Innenausschuss spiegelt das Problem wider: Zwar haben wir eine Vorsitzende und Innensenatorin, aber die innenpolitischen Sprecher sind alle Männer, die meisten Leitungspositionen in den Behörden sind mit Männern besetzt und grundsätzlich ist der Frauenanteil viel zu niedrig, besonders z. B. beim Verfassungsschutz. Auch im Jahr 2023 ist der Nachholbedarf also riesig, das gilt für die Politik ebenso wie für die Behörden.

Einerseits ist das natürlich eine Frage der Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit. Dabei geht es nicht nur grundsätzlich um die Teilhabe von Frauen, sondern auch um die Frauen, die bei Polizei, Feuerwehr und Verfassungsschutz arbeiten. Es ist ja leider bekannt, dass sexuelle Belästigung in einigen Bereichen verbreitet ist. Hinzu kommen weitere Probleme wie rassistische oder sexistische Vorfälle und die rechtsextremen Netzwerke. Eine größere Vielfalt in der Belegschaft kommt allen zugute, es verhindert solche Abkopplungsprozesse und sorgt für ein toleranteres und harmonischeres Miteinander.

Eine Innenpolitik – im Sinne von Politik, aber auch im Sinne von konkreten Einsätzen, Einsatzplanung usw. – kann den Bedürfnissen unserer ja besonders in Berlin sehr vielfältigen Gesellschaft nur gerecht werden, wenn sich das auch in der Zusammensetzung der Sicherheitsbehörden widerspiegelt. Diese Vielfalt muss sich in Entscheidungen und Perspektiven widerspiegeln. Viel zu lange war die Innenpolitik von Männern dominiert – wie man eben auch im Innenausschuss sehen kann –, die natürlich aus ihrer eigenen Perspektive heraus gearbeitet und geplant haben. Da kann man das altbekannte Bild bemühen: Wer am Tisch sitzt, entscheidet.

Gerade in Bezug auf das Thema Sicherheit decken sich die Bedürfnisse von Männern aber nicht unbedingt mit denen von Frauen, Mädchen und queeren Personen. Um diese Perspektiven überhaupt wahrnehmen und einbringen zu können, brauchen wir viel mehr Frauen, queere Personen und Menschen mit Migrationsgeschichte in

den Sicherheitsbehörden und ebenso in der Innen- und Sicherheitspolitik. Das alles gilt natürlich nicht nur für die Innenpolitik, sondern z. B. auch für Verkehr oder Stadtentwicklung: Wie muss das Straßenland gestaltet sein, damit Frauen und Mädchen sich auch abends und nachts sicher fühlen?

**DP: Eines Ihrer politischen Themen ist demnach die sexualisierte Gewalt gegen Frauen. Die Möglichkeit zur Inge-wahrsamnahme soll von zwei auf fünf Tage ausgedehnt werden, auch um Opfer vor ihren Peinigern zu schützen – warum sperren sich die Grünen dagegen?**

**A:** Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist eines der Kernthemen der Innen- und Sicherheitspolitik. Betrachtet man die Statistiken, so wird sehr deutlich, dass Frauen deutlich seltener zu Täterinnen werden, aber überproportional häufig zu Opfern von Gewalt. Sexuelle, häusliche und Partnerschaftsgewalt nehmen dabei einen erheblichen Anteil ein. Das bezieht sich auf körperliche, aber auch psychische und digitale Gewalt.

Das Bewusstsein dafür wächst inzwischen, aber der Weg ist noch sehr weit. Unsere dringendsten Probleme liegen auch eher hier als bei Fragen nach längerer Inge-wahrsamnahme: Wir müssen dafür sorgen, dass Frauen endlich geglaubt wird, dass sie sich nicht mehr überwinden oder gar fürchten müssen, sich an die Polizei zu wenden, dass sie nicht mehr mit Fragen danach konfrontiert werden, wie sie angezogen waren oder wie sie sich verhalten haben, dass ihre Glaubwürdigkeit nicht mehr angezweifelt wird. Es gibt strukturelle Gründe, wieso ver-gleichsweise wenige Betroffene sexuelle Gewalt anzeigen.

**DP: In den letzten Wochen hat Berlin wieder über die Sicherheit in Freibädern, im Görli, am Leo diskutiert. Haben Sie Angsträume in der Stadt?**

**A:** Auf jeden Fall, und zwar jede Menge. Insbesondere nach Einbruch der Dunkelheit ist praktisch keine dunkle Ecke, keine schwer einsehbare Stelle, kein Park mehr sicher für Frauen und Mädchen. Seit Jahren vermeiden ich und viele andere Frauen den Görli oder Viertel, in denen viele Rechtsextreme unterwegs sind oder wohnen.

Dinge, die für Männer selbstverständlich sind, bergen für Frauen angsteinflößende Überlegungen: abends nach Hause

zu gehen, mit den Schlüsseln zwischen den Fingern, um wehrhafter zu sein. Es gibt Organisationen wie die Heimwegtelefone, bei denen Frauen unterwegs anrufen und sich quasi nach Hause begleiten lassen können. Im Herbst und Winter nicht mehr im Dunkeln joggen zu gehen – und das bedeutet dann bereits ab 16 Uhr. Apps wie „Komm-GutHeim“, wo man für Freund\*innen und Familien den Livestandort teilen kann, damit sie wissen, wo man ist und dass man sicher angekommen ist. Und wir reden hier wohlge-merkt nicht vom Aufenthalt in Krisen- oder Katastrophengebieten, sondern vom ganz normalen Nachhauseweg in Berlin! Männer müssen sich solche Gedanken nicht machen. Dass sich gut die Hälfte der Bevölkerung an vielen Orten nicht sicher und geschützt fühlen kann – und das in der heutigen Zeit – das muss man sich mal vorstellen! Das ist ein ab-soluter Skandal. Hier muss eine ganze Men-ge passieren, und zwar schleunigst.

**DP: Abschließende Frage – wer regiert Ende 2026, wer ist Innensenator/In?**

**A:** Die Entscheidung treffen natürlich in erster Linie die Wähler\*innen. Idealerweise sind die Grünen wieder an der Regierung be-teiligt und noch idealer fände ich es, wenn wir die erste grüne Innensenatorin in Berlin stellen würden. ■

**Nine questions in nine seconds**

**Gollaleh Ahmadi**

**Sommer oder Winter?**

Sommer

**Cote d'Azur oder Ostsee?**

Cote d'Azur

**Burger oder Salat?**

Burger

**Fahrrad oder Auto?**

E-Auto

**Latte Macchiato oder Schwarzen Kaffee?**

Schwarzer Kaffee

**Polizei oder Schwarzer Block?**

Polizei

**Mehr Geld oder bessere Ausrüstung?**

Beides

**DPolG oder GdP?**

GdP

**Wegner oder Spranger?**

Jarasch



» Landesvize Stephan Kelm via Berliner Zeitung

Wir freuen uns, dass wir unsere 17. Einsatzhundertschaft endlich begrüßen können und Berlins Politik unserer jahrelangen Forderung nachgekommen ist. Es ist zu hoffen, dass sie zur Entlastung und mehr gewünschter BePo-Präsenz in den örtlichen Direktionen beiträgt. Leider merken wir auch heute den typischen Berliner Stil. Die Einheit startet mit einem Personaldefizit von 30 Prozent und ist ohnehin nur zu Lasten der bestehenden Ehus aufgebaut worden und in provisorisch hergerichteten Räumlichkeiten untergebracht, bei denen die Umkleiden und vor allem die Sanitäranlagen nicht mal im Ansatz akzeptabel sind.

DEINE GdP KOMMENTIERT

# Don't legalize it

Im Frühjahr 1992 postulierte ein Richter des Lübecker Landgerichts, das „Recht auf Rausch“ sei durch Art. 2 Abs. 1 GG geschützt, und legte sein Urteil dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zur Entscheidung vor. Er entfachte damit eine bis dahin beispiellose Kampagne für die Legalisierung von Cannabis, Haschisch und Kokain. Sehr schnell wurden Forderungen laut, selbst harte Drogen „kontrolliert“ von staatlichen Stellen auszugeben, um der „Gesellschaft Kosten des illegalen Drogenkonsums“ zu ersparen. Diese Propagandisten, die die schmutzigen Geschäfte der Drogenkartelle bagatellisierten, argumentierten damit, dass bisherige staatliche Repressionen gegen die Drogenkriminalität so gut wie nichts bewirkt hätten.

**EKHK, a.D. Werner Thronicker**

Ich stellte dem damals die These gegenüber, dass ohne Verbote und staatliche Repression unsere Gesellschaft weitaus mehr unter den Auswüchsen der Drogensucht zu leiden hätte. Denn wie würde es in unserem Lande zugehen, wenn Flugkapitäne im Drogenrausch mit ihrem Jumbo und Hunderten Urlaubern an Bord über den Wolken schweben? Oder Richter, vor ihrem Urteilsspruch gegen einen wegen fahrlässiger Tötung im Alkoholrausch angeklagten Autofahrer, schnell mal eben einen Joint durchziehen? Ganz nach dem Motto: „High sein, heißt frei sein!“ Befürworter einer Liberalisierung des Cannabisgebrauchs konnten schon damals nicht an der Gefährdung der Jugendlichen vorbeiarbeiten, ganz abgesehen von der Tatsache, dass damit Deutschland internationale Verträge gebrochen hätte. Die Apologeten, zumindest für die Freigabe sogenannter „weicher Drogen“, nehmen bis heute nicht die negativen Erfahrungen in den Niederlanden zur Kenntnis. Sie lassen sich mehr von Wunschvorstellungen leiten, als der Realität ins Auge zu schauen. Die GdP sprach sich damals gegen eine Freigabe von Rauschgiften aus. Wir haben damals umfangreiche Forderungen zur Bekämpfung von Drogenkriminalität an die politisch Verantwortlichen gerich-

tet, die Ausweitung des Opportunitätsprinzip gemäß § 31 a BtmG auch auf die Polizei und die Ausweitung von Therapieangeboten, mit der Zielsetzung, die Drogenabhängigen mittels Methadonprogrammen von ihrer Sucht zu befreien. Das im April 1994 von den Bundesverfassungsrichtern in Karlsruhe gefällte „Haschischurteil“ stellte klar, ein „Recht auf Rausch“ gibt es nicht! Der Erwerb und Konsum von Cannabis blieb genauso generell verboten wie der Handel. Die Verfassungsrichter hatten jedoch auch entschieden, dass die Strafgerichte grundsätzlich von Strafen absehen sollten, wenn Cannabisprodukte „nur“ in geringen Mengen und ausschließlich „zum Eigenverbrauch“ erworben und andere nicht gefährdet wurden. Mehr als 30 Jahre später, am 16. August 2023, beschloss das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD), der eine begrenzte und kontrollierte Freigabe von Cannabisprodukten ermöglichen soll. Bislang war der Anbau und Besitz von Cannabis in Deutschland verboten. Der bloße Konsum wurde als „straffreie Selbstschädigung“ gewertet. Kritiker bezeichnen diesen Entwurf als ein total überreguliertes „Bürokratiemonster“, das von keiner Behörde umgesetzt werden könn-



te. Etwas blauäugig prognostiziert Minister Lauterbach, es werde mit der Legalisierung des Cannabiskonsums weniger Süchtige geben und Jugendliche würden durch Präventionsprogramme gewarnt und vom Kiffen abgehalten. Es werde weniger kriminelle Dealer geben, wenn Cannabisvereine und -shops sauberes Gras anbieten. Darüber hinaus würde es weniger Arbeit für die Strafverfolgungsbehörden geben, denn die Polizei müsste kein Cannabis mehr beschlagnahmen und die Justiz müsste Kiffer nicht mehr verfolgen und bestrafen. Lächerliche Argumente, als wenn nicht schon immer Menschen die durch Gesetze aufgezeigten Grenzen überschritten hätten. Da bleibt nur noch die Frage offen: „Was lässt Gesundheitsminister Lauterbach träumen?“

Der Internationale Suchtstoffkontrollrat (INBC) der Vereinten Nationen, mit Sitz in Wien, hat gerade im März 2023 seinen jährlichen Bericht veröffentlicht. Darin geht es auch um die Folgen der Legalisierung von Cannabis für den Freizeitkonsum in verschiedenen Ländern. „Die Ergebnisse müssten selbst hartgesottene Verfechter der Freigabe zum Grübeln bringen“, so SPIEGEL-Journalisten. „In den Ländern, in denen Kiffen erlaubt wurde, habe der generelle Konsum anscheinend zugenommen. Es gebe im Schnitt 30 Prozent mehr Klinikaufenthalte nach Unfällen, die auf Cannabis zurückgehen. Seit 2014 sind nicht medizinische Joints im US-Staat Colorado legal, seit 2012 in Washington. Das INCB schreibt, dass sich dort bei tödlichen Verkehrsunfällen der Anteil von Fahrern unter Cannabiseinfluss bis 2020 fast verdoppelt habe.“ Was die Kriminalität betrifft, so bestehen laut INBC die illegalen Strukturen trotz der Legalisierung nach wie vor. In Kanada beherrschen sie demnach noch immer 40 Prozent des Gesamtmarktes, in Uruguay fast 50, in Kalifornien 75 Prozent. ■



Foto: GdP Berlin

**Sprecher Benjamin Jendro via ntv**

Selbstverständlich wird die Polizei ein Auge auf die Flüchtlingsunterkunft und die Umgebung haben. Wenn von heute auf morgen Hunderte Menschen in ein Gebäude einziehen, verändert das den Kiez. Die Sorgen der Anrainer werden ernst genommen, denn wir reden über Menschen aus Ländern, in denen nostalgische Weltbilder und das Patriarchat noch stärker verbreitet sind als in Deutschland und auf Homosexualität die Todesstrafe steht. Wir sollten aber auch nicht vergessen, dass eben diese Menschen genau aus diesen Ländern geflüchtet sind. Wenn sie in Deutschland leben möchten, müssen sie unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft akzeptieren, in der jeder jeden lieben und alles sein kann.

## DEINE GdP INFORMIERT

# 2. Generationenmarktplatz

Es ist so weit! Die GdP Berlin lädt ihre Mitglieder und Freunde zum 2. Generationenmarktplatz ein und hofft auf rege Beteiligung.

**Wann:** Donnerstag, 9. November 2023, von 10 bis 17 Uhr

**Wo:** Polizeigelände Kruppstr. 2, 10557 Berlin, Alte Kegelhalle

**Erreichbarkeit:** S + U Hauptbahnhof  
U Birkenstr.  
U Turmstr.  
Bus: 123 + M 27

**Achtung:** Es gibt keine Parkplätze auf dem Gelände. Außerhalb sehr eingeschränkte Parkplätze mit Parkraumbewirtschaftung. Der Zugang erfolgt mit Haus- oder Dienstausweis der Polizei.

Alle, die das nicht vorweisen können, bitte Anmeldung beim Veranstalter!!! Genau es findet Ihr auf der Internetseite!!!

### Was wird geboten:

- Beratung und Infos an Ständen:
- LBV
- Frauengruppe
- Junge Gruppe
- Seniorengruppe
- AG Bildung und Zukunftswerkstatt
- Motorrad- und Fahrradgruppen der Senioren
- Literaturkreis
- Steuerhilfe
- Rechtsberatung
- Polizeihistorische Sammlung
- Grüner Stern
- Weißer Ring
- Signal Iduna/PVAG/Medirenta

- Pflegestützpunkt für gesetzlich Versicherte
- Pflegestützpunkt für Privatversicherte
- Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht etc.
- Gedächtnisparcours „Mit Leichtigkeit Hürden nehmen“
- Mit Sport „Fit im Alter“

Außerdem gibt's Kurzvorträge zu Steuer, Rente, Beihilfe, etwas für die grauen Zellen etc. Ein bisschen was fürs leibliche Wohl und Kunst, Spaß und Spiel sind auch mit dabei.

**Also:** Termin ist bestimmt schon geblockt!

Wir freuen uns auf Euch!

### Noch ein Tipp:

Wenn Ihr mit Eurer privaten E-Mail-Adresse in der Geschäftsstelle registriert seid, bekommt Ihr ggf. solche Nachrichten direkt auf Euer Handy

**Rita Grätz**

**Landesseniorenvorsitzende**



## Veranstaltungen

### Seniorengruppen

#### Dir 2

**Wann:** Dienstag, 3. Oktober, 15 Uhr.

**Wo:** El Manuel, Sandstraße 37/Ecke Meydenbauerweg, 13593 Berlin.

**Info:** Feiertag: Tag der Deutschen Einheit.

**Kontakt:** Regina Geisler,  
Tel.: (030) 92124397, oder  
Jürgen Gesch, Tel.: (03322) 210390.

#### Dir 3 (Ost)

**Wann:** Dienstag, 17. Oktober, 14 Uhr.

**Wo:** Stadtteilzentrum Berlin-Marzahn,  
Marzahner Promenade 38, 12769 Berlin.  
Senioren-Kegelgruppe Dir 3 (Ost)

**Wann:** Mittwoch, 25. Oktober, Beginn: 10 Uhr.  
**Wo:** Kegelhalle Lok Schöneweide, Adlgergestell 103, 12439 Berlin. Mit der S-Bahn – Bhf. Johannistahl S8, S9, S45, S46.

#### Dir 4

**Wann:** Mittwoch, 11. Oktober, 16 Uhr.

**Wo:** Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.

**Kontakt:** Peter Müller, Tel.: (030)

7967520, oder Erika Schink, Tel.: (030) 74771820.

#### Dir 5

**Wann:** Dienstag, 10. Oktober, 14 Uhr.

**Wo:** „Zum Hufeisen“, Fritz-Reuter-Allee 48, 12359 Berlin.

**Info:** Renate Katzke, Tel.: (0173) 1685766.

#### LKA

**Wann:** Dienstag, 10. Oktober, 14 Uhr.

**Wo:** CAFÉ CESARRA, Badensche Straße 5, 10825 Berlin.

**Kontakt:** Bärbel Thiel, Tel.: (030) 6043174, oder Jürgen Heimann, Tel.: (030) 7217547.

#### PA

**Wann:** Dienstag, 31. Oktober, 16 Uhr.

**Wo:** Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin (Lankwitz).

Bahnverbindung: S-Bahn Lankwitz oder Lichterfelde-Ost, dann mit den Bussen 184 oder 284 oder ein kurzer Fußweg vom Bahnhof Lankwitz.

### LPD/PPr/ZS

**Wann:** Dienstag, 7. November, 16 Uhr.

**Wo:** FRABEA, Afrikanische Straße 90/Otawistraße, 13351 Berlin.

**Kontakt:** Alberto Fourneaux,  
Tel.: (030) 4651559.

### BüO

**Wann:** Mittwoch, 11. Oktober, 15 Uhr.

**Wo:** Stammhaus Berlin, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin,  
nahe U-Bahnhof Rohrdamm.

**Info:** Gast – unser Landesbezirksvorsitzender Stephan Weh.

**Kontakt:** Rita Grätz, E-Mail: jumi52@gmx.de, Tel.: (0171) 3895760.

### Landesfrauengruppe

**Wann:** Mittwoch, 25. Oktober, 16 Uhr.

**Wo:** GdP-Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin.

**Info:** Bei Bedarf auch als hybride Veranstaltung.



GdP & GdP Service GmbH

Wir sind ein starkes Team!

#geknipst

# Mein Polizeialltag

Mach mit und reich bis zu 10 Fotos rund um Deine Arbeit ein.  
Lass Deiner Kreativität freien Lauf und zeig, was Deinen Polizeialltag ausmacht: Menschen, Fahrzeuge, Büros, Stilleben, ...

- **Auswahl und Prämierung der Fotos:** durch eine Jury der GdP Berlin
- **Preise:** 1. Platz 100 € Gutschein (für Polizeimemeshop)  
2. Platz 50 € Gutschein und 3. Platz 25 € Gutschein (jeweils für OSG-Werbemittelshop der GdP)
- **Einsendeschluss:** 31. Oktober 2023
- **Alle Einzelheiten, Teilnahmebedingungen und Upload der Fotos:** <https://gdp-service.berlin/fotowettbewerb>

Link zum Wettbewerb

